



# Forum Demographischer Wandel des Bundespräsidenten

in Zusammenarbeit mit der  
| Bertelsmann **Stiftung**

## **Vielfalt leben – Gemeinsamkeit gestalten**

### **Fakten und Herausforderungen im demographischen Wandel**

# I. Vielfalt, Verschiedenheit und demographischer Wandel

Das Forum Demographischer Wandel, das der Bundespräsident gemeinsam mit der Bertelsmann Stiftung gegründet hat, befasst sich mit den Auswirkungen des demographischen Wandels auf zentrale Bereiche von Politik und Gesellschaft. Nachdem das Forum sich in den vergangenen beiden Jahren den Themen „Familie“ und „Bildung“ widmete, stehen im Mittelpunkt der Jahreskonferenz 2008 die Fragen nach der Bedeutung gesellschaftlicher Verschiedenheit (Heterogenität) und nach deren Wechselwirkungen mit dem demographischen Wandel.

## **Heterogenität**

Die Struktur einer Gesellschaft wird nicht nur durch die Gemeinsamkeiten ihrer Mitglieder geprägt, sondern auch durch die Unterschiede, die zwischen ihnen bestehen. Menschen unterscheiden sich beispielsweise durch ihren sozialen Status, ihre Herkunft, ihren Bildungsstand oder ihre religiösen und kulturellen Prägungen. Sie gehören verschiedenen sozialen Gruppen an, haben unterschiedliche politische Präferenzen und pflegen unterschiedliche Lebensstile. Zum Teil gehen diese Unterschiede auf die freie Entscheidung der Betroffenen zurück, zum Teil sind sie das Ergebnis vorgegebener Bedingungen.

Unterschiede machen die Vielfalt einer Gesellschaft aus und sind Zeichen des Pluralismus eines demokratischen Gemeinwesens. Sie gefährden jedoch ihren Zusammenhalt, wenn sie dazu führen, dass einzelne Gruppen sich ausgeschlossen fühlen oder wenn sie tatsächlich ausgeschlossen werden. Zu den Gruppen, die von der Gefahr der Exklusion besonders stark betroffen sind, gehören Langzeitarbeitslose, Jugendliche ohne abgeschlossene Berufsausbildung, Alleinerziehende und Menschen mit Migrationshintergrund. Bei Letzteren überlagern sich derzeit häufig nachteilige Faktoren: Sie haben ein niedrigeres Bildungsniveau als der Durchschnitt der Bevölkerung, üben oft nur einfache Tätigkeiten aus, sind überdurchschnittlich stark von Arbeitslosigkeit betroffen und leben zum Teil in kultureller und sprachlicher Distanz zur Mehrheitsgesellschaft.

Die Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft hängt maßgeblich davon ab, ob es ihr gelingt, Menschen mit unterschiedlicher Herkunft, unterschiedlichen kulturellen Prägungen und unterschiedlichem sozialen Status zu integrieren, ihnen das Gefühl der Zugehörigkeit zu vermitteln und eine Aufstiegsperspektive zu bieten.

## **Einflussfaktoren und Wechselwirkungen**

Gesellschaftliche Unterschiede werden durch viele verschiedene Faktoren beeinflusst: So hat etwa der technisch-wissenschaftliche Fortschritt dazu geführt, dass die Nachfrage nach „einfachen Tätigkeiten“ auf dem Arbeitsmarkt zurückgeht und die Arbeitslosigkeit unter den gering Qualifizierten steigt. Umgekehrt bietet Bildung dem Einzelnen die Chance zum sozialen Aufstieg – und damit zur Überwindung von Ungleichheit.

Daneben gibt es auch Wechselwirkungen zwischen gesellschaftlicher Vielfalt und demographischem Wandel (siehe Abbildung 1). Dieser lässt sich im Wesentlichen durch drei Entwicklungen beschreiben: 1. Wir werden weniger. Heute werden in Deutschland nur noch halb so viele Kinder geboren wie zu Zeiten des so genannten Babybooms in den 1960er Jahren.<sup>1</sup> 2. Wir werden älter. Statistisch gesehen haben wir in den vergangenen 100 Jahren infolge der gestiegenen Lebenserwartung 30 Lebensjahre hinzugewonnen.

---

<sup>1</sup> Zahl der Geburten: 1966: über 1,3 Millionen, 2006 etwa 670.000; Quelle: Statistisches Bundesamt, Datenbank.

## Deutschland im Wandel: Altersstruktur der Bevölkerung bis 2020

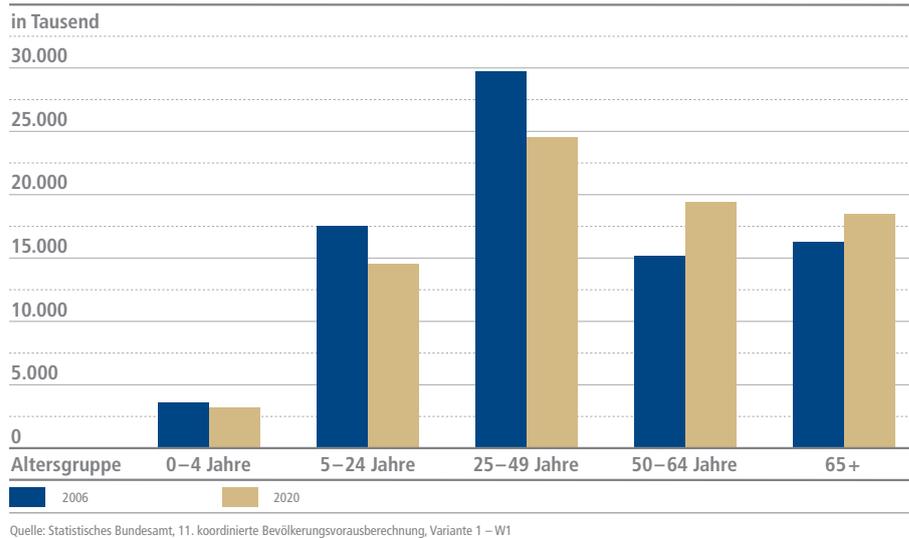


Abbildung 1

Entwicklung in den betroffenen Ländern und Regionen. Und der demographische Wandel erfasst nicht alle Regionen und gesellschaftlichen Gruppen in gleicher Weise. So liegt beispielsweise die Geburtenrate von Frauen ohne abgeschlossene Berufsausbildung und von Zugewanderten über dem Durchschnitt.<sup>2</sup> Bei schwach ausgeprägter sozialer Mobilität führt das zu einem Anwachsen gesellschaftlicher Gruppen, die eine eher geringe gesellschaftliche Teilhabe aufweisen.

## II. Kulturelle, soziale und regionale Verschiedenheiten in Deutschland

### 2.1 Ethnisch-kulturelle Unterschiede

#### Wachsender Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund

Ein augenfälliges Merkmal gesellschaftlicher Vielfalt ist der wachsende Anteil von Menschen, deren ethnisch-kulturelle Wurzeln nicht in Deutschland liegen. Heute haben in Deutschland rund 20 Prozent der Bevölkerung einen Migrationshintergrund.

Seit Gründung der Bundesrepublik kamen mehr als 36 Millionen Menschen nach Deutschland, während im gleichen Zeitraum über 26 Millionen das Land verließen. Ohne Zuwanderung würde die Bevölkerungszahl Deutschlands schon seit 1970 sinken und heute etwa neun Millionen Menschen weniger betragen. Die Zuwanderung verlief keineswegs kontinuierlich. Phasen mit hoher Nettozuwanderung stehen Perioden mit überwiegender Abwanderung gegenüber. 2007 verzeichnete Deutschland einen Zuwanderungsüberschuss von 50.000 Menschen.<sup>3</sup>

<sup>2</sup> Mit durchschnittlich zwei Kindern erreichen Frauen ohne Ausbildung, die zwischen 1951 und 1960 geborenen wurden, fast das Bestanderhaltungsniveau (andere Frauen: 1,5 Kinder). Siehe Kreyenfeld und Konietzka (2007).

<sup>3</sup> Nach dem Anwerbestopp war 1975 das Jahr mit der geringsten Zuwanderung (negativer Wanderungssaldo von über 200.000 Personen). 1992 fand hingegen aufgrund der politischen Lage in Europa – Fall des eisernen Vorhangs, Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien – ein Nettozuzug von fast 800.000 Menschen statt; Quelle: Statistisches Bundesamt, Datenbank.

3. Unsere Gesellschaft wird bunter. Heute leben in Deutschland 15 Millionen Menschen, die aus dem Ausland zugewandert sind oder deren Eltern von dort stammen. Die ethnisch-kulturelle Vielfalt in unserem Land nimmt dadurch zu.

Soziale Ungleichheit und wirtschaftliche Unterschiede führen zu Wanderungsbewegungen und beeinflussen die Bevölke-

Gemessen in absoluten Zahlen war die Zuwanderung nach Deutschland in den letzten Jahren im internationalen Vergleich hoch; nur die USA, Großbritannien und Kanada weisen noch höhere Zuwanderungszahlen auf. In Relation zur Bevölkerungszahl ist die Zuwanderung nach Deutschland allerdings geringer als in den meisten anderen entwickelten Ländern.<sup>4</sup>

### **Geschichte der Zuwanderung<sup>5</sup>**

In den 1950er und 60er Jahren, als die expandierende Wirtschaft der Bundesrepublik ihren Bedarf an Arbeitskräften nicht mehr aus dem eigenen Land decken konnte, wurden die ersten „Gastarbeiter“ aus Ländern wie Italien, Jugoslawien und später der Türkei angeworben. Diese ausländischen Arbeitnehmer, die in der Regel nur über ein niedriges Qualifikationsniveau verfügten, wurden hauptsächlich als un- oder angelernte Arbeiter eingesetzt. Nach dem Anwerbestopp 1973 beschränkte sich die Zuwanderung zunächst auf die Familienangehörigen dieser Arbeitsmigranten. Die dadurch entstehenden Familienstrukturen der „Gastarbeiter“ in Deutschland verstärkten den Prozess einer auf Dauer angelegten Einwanderung. Die Gruppe der Gastarbeiter und ihre Nachkommen machen heute etwa die Hälfte der ausländischen Bevölkerung in Deutschland aus.

Ende der 80er bis Mitte der 90er Jahre kamen insbesondere Spätaussiedler, Flüchtlinge und Asylsuchende aus aller Welt nach Deutschland. Allein 1992 wurden fast 500.000 Asylbewerber registriert, und 1996 gehörte jeder vierte in Deutschland lebende Ausländer zu dieser Gruppe. Gleichzeitig sind zwischen den Jahren 1990 und 2000 mehr als zwei Millionen Deutsche als Spätaussiedler aus Mittel- und Osteuropa dauerhaft zugezogen.<sup>6</sup> Infolge einer politischen Stabilisierung Südosteuropas und der veränderten gesetzlichen Rahmenbedingungen hat sich der Zuzug von Asylbewerbern und Spätaussiedlern inzwischen jedoch deutlich reduziert.

Seit dem Fall des Eisernen Vorhangs und insbesondere seit der EU-Osterweiterung kommen Menschen aus den mittel- und osteuropäischen Nachbarstaaten als so genannte „neue Arbeitsmigranten“ nach Deutschland. Anders als die erste Gastarbeitergeneration verfügen diese häufig über ein höheres Bildungsniveau. Inzwischen zählt jeder zehnte in Deutschland lebende Ausländer zu dieser Gruppe.

Seit 2003 kamen jährlich nur etwa halb so viele Zuwanderer nach Deutschland wie im Durchschnitt der vergangenen 50 Jahre, so dass – auch bedingt durch den gleichzeitigen Fortzug und die erleichterte Einbürgerung – die Zahl der Ausländer in Deutschland seit Mitte der 90er Jahre insgesamt konstant geblieben ist.

### **Qualifikation der Zugewanderten<sup>7</sup>**

In Deutschland weisen 60 Prozent der erwachsenen Zugewanderten nur geringe oder keine Schul- und Ausbildungsabschlüsse auf. Zuwanderer sind deshalb vom wirtschaftlichen Strukturwandel und einem erhöhten Arbeitslosigkeitsrisiko besonders stark betroffen. Von den großen Zuwanderungsländern hat nur Frankreich einen höheren Anteil an niedrig Qualifizierten.

---

<sup>4</sup> Von 18 OECD Ländern wiesen 2005 nur Japan und Portugal eine geringere Zuwanderung pro Kopf auf. Siehe OECD (2007a).

<sup>5</sup> Siehe BAMF (2007), Hradil (2001), Statistisches Bundesamt – Datenbank, Statistisches Bundesamt (2003).

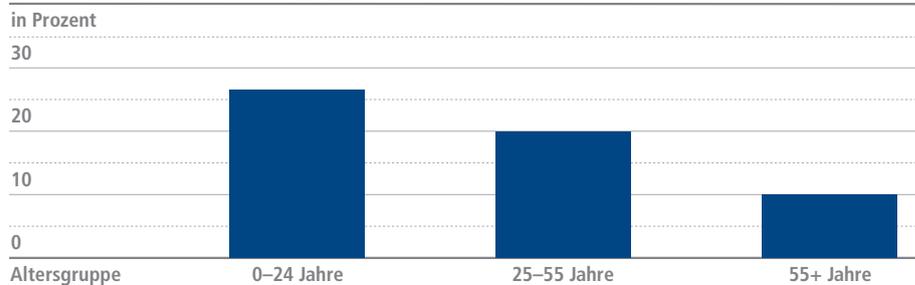
<sup>6</sup> Insgesamt kamen seit 1950 über vier Millionen (Spät)aussiedler nach Deutschland. Siehe Statistisches Bundesamt (2003)

<sup>7</sup> Siehe Brückner und Ringer (2008).

## Demographie der Zuwanderung

Da Migranten im Durchschnitt eine etwas höhere Geburtenrate aufweisen als Deutsche und insbesondere das Durchschnittsalter der Zugewanderten deutlich niedriger ist als das der Gesamtbevölkerung<sup>8</sup>, ist der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in den jungen Generationen überdurchschnittlich hoch (siehe Abbildung 2): Während dieser Anteil insgesamt bei etwa 20 Prozent liegt, beträgt er in der Alters-

### Anteil der Personen mit Migrationshintergrund nach Altersgruppen



Quelle: Bertelsmann Stiftung, Wegweiser Kommune

Abbildung 2

gruppe bis sechs Jahre bereits über 33 Prozent. Auch hier gibt es starke regionale Schwankungen: In manchen Großstädten stammt jedes zweite Kind aus einer Zuwandererfamilie; auf dem Land und im Osten ist der Anteil dagegen deutlich niedriger.

## Integration

Der wachsende Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund macht deren Integration zu einer vorrangigen politischen und gesellschaftlichen Aufgabe, zumal diese Gruppe von sozialer Exklusion besonders stark bedroht ist. Der Prozess der Integration hat verschiedene Aspekte: Er schließt den Zugang zu Bildung und Arbeit ebenso ein wie gesellschaftliche Teilhabe, den Abbau von Barrieren und Diskriminierungen und die Verständigung über Grundwerte des Zusammenlebens, die für alle verbindlich sind. Integrationsbedarf zeigt sich aber nicht nur im Verhältnis zwischen In- und Ausländern, sondern beispielsweise auch zwischen Arm und Reich, Arbeitslosen und Erwerbstätigen, Alt und Jung.

Bei einer Bewertung der rechtlichen Ausgestaltung der Integration von Zuwanderern – unter anderem Zugang zum Arbeitsmarkt, Sicherheit des rechtlichen Status bei Aufenthaltstiteln, Umsetzung der Antidiskriminierungsregeln – weist der Migrant Integration Policy Index der deutschen Integrationspolitik einen Platz im internationalen Mittelfeld zu (Platz 14 von 28 untersuchten Ländern).<sup>9</sup>

Ein besonderer Aspekt der Integration von Ausländern ist die Frage der rechtlichen Gleichstellung bis hin zum Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft. 2007 erhielten rund 113.000 Ausländer einen deutschen Pass. Das entspricht etwa 3 Prozent der ausländischen Bevölkerung in Deutschland. Jeder Vierte von ihnen besaß zuvor die türkische Staatsangehörigkeit.

## 2.2 Soziale Unterschiede

### Einkommensverteilung

Ein gebräuchlicher Maßstab für die sozialen Unterschiede in einer Gesellschaft ist die Einkommensverteilung. Demnach sind die sozialen Gegensätze in Deutschland im internationalen Vergleich eher gering. Das Ausmaß von Ungleichheit in der Einkommensverteilung liegt unter dem Durchschnitt der OECD-Länder.<sup>10</sup>

<sup>8</sup> 25 Prozent der Zugewanderten sind zwischen 20 und 35 Jahre alt; in der Gesamtbevölkerung beträgt der Anteil dieser Altersgruppe dagegen nur 16 Prozent. Siehe Statistisches Bundesamt (2003).

<sup>9</sup> Quelle: British Council, [www.integrationindex.eu/integrationindex](http://www.integrationindex.eu/integrationindex).

<sup>10</sup> Nach Gini-Koeffizient; Quelle: OECD, Factbook 2008, Datenbank.

Dennoch gibt es Hinweise auf eine zunehmende Spreizung der Einkommen in Deutschland seit Ende der 1990er Jahre.<sup>11</sup> So zeigen Studien des DIW<sup>12</sup>, dass zwischen 1996 und 2006 sowohl der Anteil der einkommensschwachen als auch der der einkommensstarken Haushalte auf Kosten der Gruppe der mittleren Einkommen gestiegen ist (siehe Abbildung 3). Die Untersuchungen des DIW zeigen aber auch, dass im Gegenzug der Aufschwung der letzten Jahre und die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt dazu beigetragen haben, Armutsrisiko und Ungleichheit zu senken. Der langfristige Trend zu ungleichen Haushaltseinkommen ist auch auf die veränderten Haushaltsstrukturen zurückzuführen. Eine wachsende Zahl von Einpersonnen- und Alleinerziehendenhaushalte<sup>13</sup> können bei Ausfall des Erwerbseinkommens nicht auf andere Haushaltsmitglieder zurückgreifen und fallen daher schneller unter die Armutsrisikogrenze.

### Einkommenschichtung in Deutschland 1996 und 2006

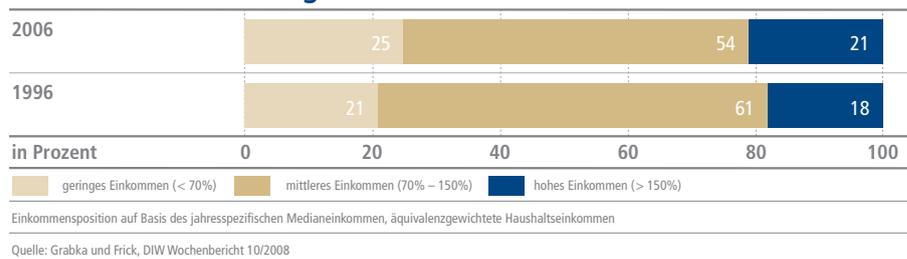


Abbildung 3

Besonders häufig befinden sich Menschen mit Migrationshintergrund in der Gruppe der einkommensschwachen Haushalte (weniger als 70 Prozent des Medianeinkommens). Mit fast 40 Prozent liegt ihr Anteil an den einkommensschwachen Haushalten fast doppelt so hoch wie ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung.<sup>14</sup>

kommensschwachen Haushalten fast doppelt so hoch wie ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung.<sup>14</sup>

### Soziale Mobilität

Ein Indikator für eine gelingende gesellschaftliche Integration ist die soziale Mobilität. Je geringer die Aufstiegsmöglichkeiten in einer Gesellschaft sind, desto größer ist die Gefahr, dass einzelne Gruppen den Anschluss verlieren und sich nicht mehr mit dem Gemeinwesen identifizieren. In Deutschland scheint die Aufwärtsmobilität in der unteren Einkommensgruppe abgenommen zu haben. Gemäß einer Auswertung des Sozio-ökonomischen Panels ist zwischen 2000 und 2006 der Anteil derer, denen innerhalb von fünf Jahren der Aufstieg in die Mitte gelungen ist, von knapp der Hälfte auf ein Drittel zurückgegangen.<sup>15</sup> Und laut einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)<sup>16</sup> gelingt es nur jedem achten Geringverdiener, innerhalb von sechs Jahren die Niedriglohnschwelle zu überwinden.<sup>17</sup>

### Segregation

Gesellschaftliche Unterschiede führen oft zur Bildung kleinräumiger Milieus, in denen Menschen mit ähnlichen Lebenslagen leben. Beispiele für diese Segregation von Wohnquartieren sind die vielerorts zu beobachtende Abwanderung von Familien aus den Innenstädten in das Umland, die Zunahme von Einpersonenhaushalten in den Städten oder die Entstehung von „Stadtteilen mit besonderem Entwicklungs-

<sup>11</sup> Siehe auch Sachverständigenrat (2004).

<sup>12</sup> Siehe Frick und Grabka (2008a, 2008b).

<sup>13</sup> Der Anteil der Einpersonenhaushalte an allen Haushalten betrug 2004 40 Prozent und hat sich seit 1961 nahezu verdoppelt. Siehe Baas et. al (2008).

<sup>14</sup> Siehe Miegel, Wahl und Schulte (2008).

<sup>15</sup> Siehe Frick und Grabka (2008a).

<sup>16</sup> Siehe Schank et al. (2008).

<sup>17</sup> Die Auswirkungen des jüngsten Aufschwungs konnten in den beiden Studien allerdings noch nicht berücksichtigt werden.

bedarf<sup>18</sup>, in denen sich demographische, ethnisch-kulturelle und soziale Segregation überlagern und wechselseitig verstärken: „Wo die meisten Kinder in der Stadt leben, leben die meisten Einwanderer und die meisten Armen“. <sup>19</sup> Auf diese Weise kommt es zur Herausbildung sozialer Brennpunkte, die oft in scharfem Kontrast zur Lebenssituation in benachbarten Wohnvierteln stehen. So bezogen beispielsweise im Jahr 2001 in einigen Stadtteilen von Essen bis zu 40 Prozent der Kinder und Jugendlichen Hilfe zum Lebensunterhalt; in anderen Stadtbezirken waren es dagegen weniger als 2 Prozent.<sup>20</sup>

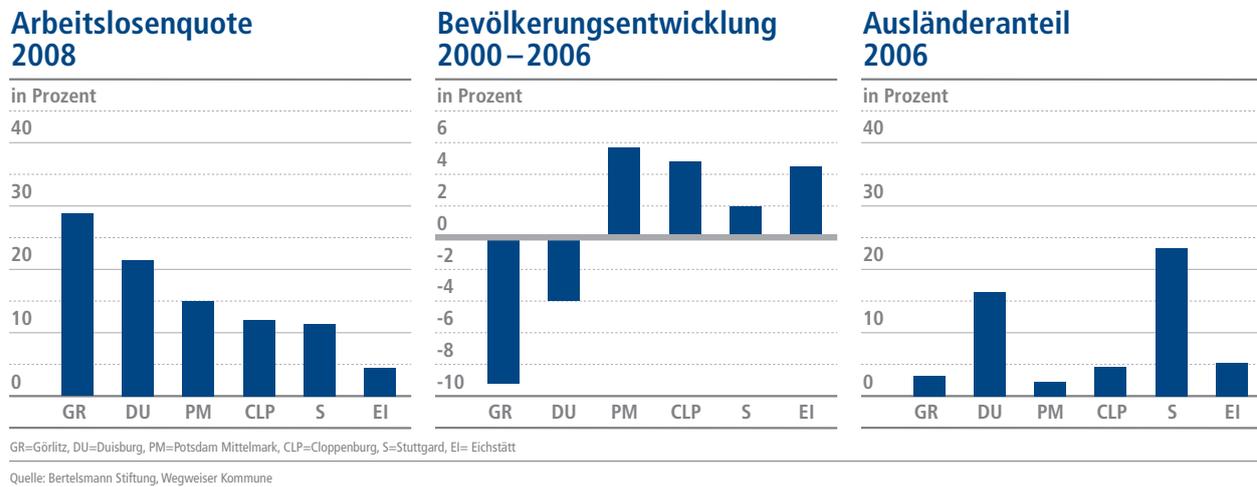


Abbildung 4

### 2.3 Regionale Disparitäten

Unterschiede bei der wirtschaftlichen Entwicklung führen dazu, dass das Lohnniveau, das Arbeitsplatzangebot und die Lebensqualität in verschiedenen Regionen deutlich voneinander abweichen. So ist das Einkommen eines Beschäftigten in der Bankenmetropole Frankfurt im Durchschnitt etwa um die Hälfte höher als in Magdeburg. Und während das Sozialprodukt in Städten wie Dortmund oder Chemnitz zwischen 2002 und 2007 deutlich gewachsen ist<sup>21</sup>, mussten andere Städte wie Mainz und Leverkusen im gleichen Zeitraum einen Rückgang ihrer Wirtschaftskraft erfahren.<sup>22</sup> Auch die Beschäftigungschancen sind regional sehr unterschiedlich verteilt. So beträgt die Arbeitslosenquote im Kreis Eichstätt (Bayern) 3,4 Prozent, im Kreis Demmin (Mecklenburg-Vorpommern) dagegen 25,1 Prozent.<sup>23</sup>

### Demographische Unterschiede

Solche regionalen Unterschiede führen zu Wanderungsbewegungen, die wiederum zur Folge haben, dass sich Bevölkerungsgröße, Alters- und Qualifikationsstruktur in den betroffenen Regionen verändern, da vor allem die Jüngeren und besser Ausgebildeten abwandern. Gleichzeitig sinkt in Regionen, die von der Abwanderung betroffen sind, häufig die Attraktivität als Unternehmensstandort – mit der Folge, dass die Arbeitslosigkeit dort weiter zunimmt, Steuereinnahmen für Infrastrukturinvestitionen fehlen und noch mehr Menschen abwandern.

<sup>18</sup> Begriff aus dem Bundesprogramm „Soziale Stadt“.

<sup>19</sup> Siehe Bertelsmann Stiftung (2008): S. 7–13.

<sup>20</sup> Quelle: Zentrum für interdisziplinäre Ruhrgebietsforschung, NRW, [http://134.147.231.87:8080/essenctx/datenpool\\_html/database/showmap.jsp?id=70903790](http://134.147.231.87:8080/essenctx/datenpool_html/database/showmap.jsp?id=70903790).

<sup>21</sup> Dortmund 18 Prozent, Chemnitz 10 Prozent

<sup>22</sup> Quelle: Wirtschaftswoche vom 5.09.08 und unter [www.insm-wiwo-staedteranking.de](http://www.insm-wiwo-staedteranking.de).

<sup>23</sup> Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Datenbank.

### **Ausgleichsmaßnahmen**

Mit Instrumenten der Strukturförderung und der Finanzpolitik wird versucht, den geschilderten nachteiligen Entwicklungen entgegenzuwirken. Allein im Rahmen des Länderfinanzausgleichs werden jährlich knapp acht Milliarden Euro Steuereinnahmen zwischen den Bundesländern umverteilt.<sup>24</sup> Auf europäischer Ebene wurden in der Förderperiode 2000 - 2006 sogar 235 Mrd. Euro für Regionalpolitik ausgegeben. Dennoch nehmen die wirtschaftlichen Unterschiede in Deutschland auf kommunaler Ebene zu.<sup>25</sup>

## **III. Verschiedenheit, Integration und Teilhabe**

Bildung, Arbeit und gesellschaftliche Teilhabe sind neben der Verständigung auf gemeinsame Grundwerte des Zusammenlebens die wichtigsten Voraussetzungen für eine gelingende Integration: Bildung ermöglicht sozialen Aufstieg und die Ausübung einer anspruchsvollen Berufstätigkeit. Arbeit sichert Einkommen, macht unabhängig und verleiht Selbstbewusstsein. Gesellschaftliche Teilhabe vermittelt die Erfahrung, dass man gebraucht und geschätzt wird und stärkt den gegenseitigen Respekt. Gemeinsam tragen diese Faktoren dazu bei, dass Menschen nicht den Anschluss an die Gesellschaft verlieren.

### **3.1 Teilhabe an Bildung**

#### **Ungleiche Teilhabe an Bildung**

Die Teilhabe an Bildung wird in Deutschland sehr stark von sozialen und ethnischen Faktoren bestimmt. Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Kind aus einem Akademikerhaushalt ein Studium beginnt, ist rund viermal höher als bei einem Kind, dessen Eltern keinen Hochschulabschluss haben. Und der Anteil von Jugendlichen mit Abitur ist unter deutschen Schulabgängern fast drei Mal höher als unter jenen ohne deutschen Pass. Umgekehrt ist unter diesen der Anteil von Schulabgängern ohne Abschluss doppelt so hoch wie unter gleichaltrigen Deutschen.<sup>26</sup>

#### **Fehlende Chancengleichheit**

Laut IGLU-Studie werden von Kindern, deren Eltern un- oder angelernte Arbeiter sind, bei der Erteilung der Gymnasialempfehlung wesentlich höhere Kompetenzen erwartet als vom Durchschnitt ihrer Altersgenossen.<sup>27</sup> Ein möglicher Migrationshintergrund reduziert die Empfehlungswahrscheinlichkeit weiter: Bei gleichem sozialen Status und gleicher Lesekompetenz haben Kinder, deren Eltern nicht beide in Deutschland geboren wurden, eine um 40 Prozent geringere Chance auf eine Gymnasialempfehlung.<sup>28</sup>

#### **Positiver Zusammenhang zwischen Integration und Bildungsbereitschaft**

Trotz oft ungünstiger Rahmenbedingungen ist die Bildungsbereitschaft vieler Kinder aus Zuwandererfamilien auffallend hoch (siehe Abbildung 5): 41 Prozent der Acht- bis Elfjährigen mit Migrationshintergrund, die aus der unteren Mittelschicht stammen, wollen die Hochschulreife erwerben - unter den gleichaltrigen

---

<sup>24</sup> Quelle: [www.bundesfinanzministerium.de](http://www.bundesfinanzministerium.de).

<sup>25</sup> Siehe Eggert et. al (2007).

<sup>26</sup> Siehe BAMF (2008).

<sup>27</sup> 614 statt durchschnittlich 580 Kompetenzpunkte. Siehe Bos et. al. (2006).

<sup>28</sup> Siehe BAMF(2008).

## Anteil an Kindern im Alter von 8 bis 10 Jahren, die das Abitur anstreben

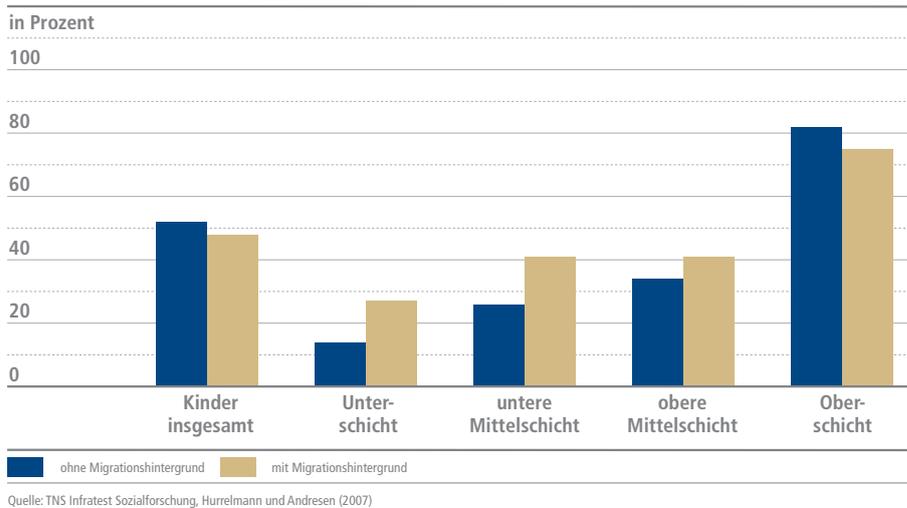


Abbildung 5

großen Abstand zwischen Jugendlichen aus Zuwandererfamilien und gebürtigen Deutschen. Gleichzeitig ist zu beobachten, dass dieser sich im Lauf der Jahre leicht verringert hat und dass die Bildungschancen von Jugendlichen aus Zuwandererfamilien heute besser sind als vor 10, 20 oder 30 Jahren.<sup>30</sup> Insbesondere besteht ein positiver Zusammenhang zwischen Bildung und rechtlicher Integration:<sup>31</sup> Eingebürgerte Ausländer erreichen höhere Schulabschlüsse (30,3 Prozent mit mindestens Fachhochschulreife) als gebürtige Deutsche (27,1 Prozent). Ausländer schneiden dagegen deutlich schlechter ab (22,9 Prozent).<sup>32</sup>

### 3.2 Teilhabe auf dem Arbeitsmarkt

#### Bildung und Arbeitsmarkt

Nicht getätigte Investitionen in Bildung verursachen Kosten sowohl für den Einzelnen als auch für die Gesellschaft, denn Menschen mit niedrigem Bildungsabschluss haben ein wesentlich höheres Arbeitslosigkeitsrisiko und erzielen im Durchschnitt ein deutlich niedrigeres Einkommen.<sup>33</sup>

Zuwanderung und Arbeitsmarkt: 2007 waren 9,3 Prozent der Deutschen, aber 20,3 Prozent der in Deutschland lebenden Ausländer arbeitslos. Diese deutliche Differenz ist vor allem auf das im Durchschnitt niedrigere Bildungsniveau der in Deutschland lebenden Ausländer und auf den industriellen Strukturwandel zurückzuführen, von dem einfache Tätigkeiten besonders stark betroffen sind.<sup>34</sup> – Jeder zweite Erwerbstätige mit Migrationshintergrund ist Arbeiter; unter den Deutschen ist es nur jeder Vierte.<sup>35</sup>

<sup>29</sup> Siehe TNS Infratest Sozialforschung, Hurrelmann und Andresen (2007).

<sup>30</sup> Siehe Hradil (2001).

<sup>31</sup> Die Richtung der Kausalität scheint wissenschaftlich noch nicht geklärt zu sein.

<sup>32</sup> Quelle: Mikrozensus 2008, Integrationsbericht der Landesregierung Nordrhein Westfalen, S. 115.

<sup>33</sup> So sind Männer mit Hochschulabschluss zu 86 Prozent in Beschäftigung, ohne beruflichen Abschluss jedoch nur zu 62 Prozent. Bei Frauen liegt das Verhältnis bei 79 Prozent zu 45 Prozent. Das Risiko, arbeitslos zu sein, ist für Menschen mit einfachem Bildungsniveau (höchstens Realschulabschluss ohne Berufsausbildung) mit fast 20 Prozent viermal höher als bei Personen, die einen (Fach)hochschulabschluss vorweisen können. Siehe OECD (2007).

<sup>34</sup> Siehe BAMF (2006).

<sup>35</sup> Siehe Statistisches Bundesamt (2006).

### Positiver Zusammenhang zwischen Integration und Teilhabe am Arbeitsmarkt

Mit steigender Aufenthaltsdauer von Zuwanderern in Deutschland steigt auch die Wahrscheinlichkeit, dass sie im Arbeitsmarkt integriert sind. Diese Annäherung an die Beschäftigungsquote der Inländer ist auch im internationalen Vergleich hoch: Während bei unter fünf Jahren Aufenthaltsdauer die Quote noch 20 Prozentpunkte unter dem Wert der in Deutschland Geborenen liegt, reduziert sich der Abstand bei längerem Aufenthalt auf unter fünf Punkte.<sup>36</sup> Eingebürgerte unterscheiden sich schließlich in ihrer Erwerbsbeteiligung kaum noch von denen, die schon seit Geburt einen deutschen Pass haben.<sup>37</sup>

### 3.3 Gesellschaftliche Teilhabe

Gesellschaftliche Teilhabe geht über die Einbindung in formale Strukturen wie Beschäftigung und Ausbildung hinaus. Sie umfasst den Kontakt mit Nachbarn und Freunden sowie die Mitgliedschaft in Vereinen ebenso wie gesellschaftliches und politisches Engagement.

#### Politische Partizipation

Politische Teilhabe in Form von Beteiligung an Wahlen scheint mit Bildung, Berufsstatus und Einkommen zu steigen. Eine Untersuchung in Hamburg belegt, dass die Wahlbeteiligung in Stadtteilen mit einem hohen Anteil an Abiturienten, einem hohen durchschnittlichen Einkommen und wenig Arbeitslosen im Schnitt um etwa 10 Prozent höher lag.<sup>38</sup>

#### Bürgerschaftliches Engagement

Ein ähnlicher Befund zeichnet sich auch für das Verhältnis zwischen materieller Situation und Vereinsmitgliedschaften ab: Je höher das Einkommen, desto ausgeprägter das Engagement (Siehe Abbildung 6).

#### Einkommen und Mitgliedschaften in Vereinen, Parteien, Verbänden u. ä.

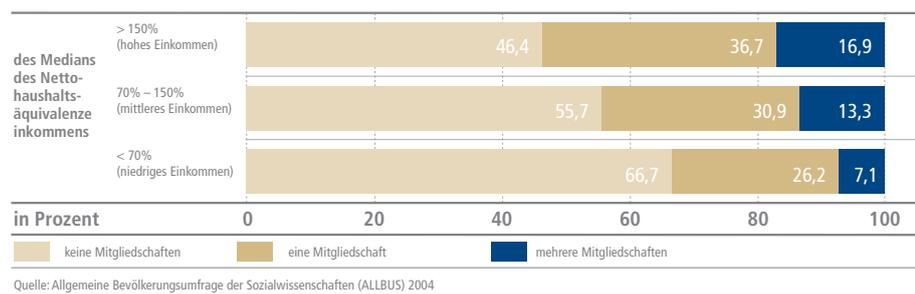


Abbildung 6

Außerdem ist zu beobachten, dass die Bereitschaft zu bürgerschaftlichem Engagement mit steigendem Bildungsgrad zunimmt, und dass Berufstätige eher ein Ehrenamt ausüben als Arbeitslose.<sup>39</sup> Insofern besteht ein positiver Zusammenhang zwischen Bildung, Zugang zu Erwerbsarbeit und gesellschaftlicher Teilhabe.

#### Integrationsmaßnahmen für Zuwanderer

Laut Schätzungen des Zuwanderungsrates wendet der Bund jährlich etwa 500 Mio. Euro für integrationsbezogene Maßnahmen auf.<sup>40</sup> Das teils verpflichtende Angebot von Sprach- und Integrationskursen soll allen

<sup>36</sup> Siehe OECD (2005).

<sup>37</sup> Quelle: Mikrozensus 2008, Integrationsbericht der Landesregierung Nordrhein-Westfalen.

<sup>38</sup> Quelle: Statistisches Landesamt Hamburg, [http://fhh1.hamburg.de/fhh/behoerden/behoerde\\_fuer\\_innere/statistisches\\_landesamt/wahlen/pdf/Kapitel\\_16.pdf](http://fhh1.hamburg.de/fhh/behoerden/behoerde_fuer_innere/statistisches_landesamt/wahlen/pdf/Kapitel_16.pdf).

<sup>39</sup> Siehe BMFSJ (2005).

<sup>40</sup> Siehe Zuwanderungsrat (2004).

Zuwanderer die gesellschaftliche Teilhabe in Deutschland ermöglichen. 2005 und 2006 besuchten insgesamt fast 360.000 Zuwanderer solche Maßnahmen, davon zwei Drittel freiwillig. Allerdings erreicht nur rund die Hälfte der Kursteilnehmer das vorgesehene Sprachniveau.<sup>41</sup>

## IV. Chancen und Herausforderungen

Insgesamt nehmen die gesellschaftlichen Unterschiede in Deutschland zu: Es gibt mehr Menschen mit Migrationshintergrund, die soziale Differenzierung wächst, und der Abstand zwischen den Verlierer- und Gewinnerregionen des ökonomischen und demographischen Wandels wird größer. Gesellschaftliche Vielfalt kann durchaus positiv wirken: Der Erfahrungsgewinn durch kulturellen Austausch inspiriert beispielsweise Mode, Musik und Gastronomie, er erleichtert die wirtschaftliche Kooperation und das gemeinsame politische Handeln in einer globalisierten Welt. Auch die wirtschaftliche Produktivität kann von wachsender Vielfalt profitieren – etwa wenn Menschen mit Unterschieden an Erfahrung, Alter oder kulturellem Hintergrund gemeinsam neue Lösungswege entwickeln.<sup>42</sup> Soziale Unterschiede können einen Anreiz für eigene Aufstiegsanstrengungen bieten. Regionale Unterschiede können den föderalen Wettbewerb um die beste Politik stärken.

Nachteilig wirken Unterschiede dann, wenn sie zur Exklusion von Gruppen und Personen führen und Aufstiegsmöglichkeiten verschließen. Das kann zu Konflikten mit anderen Gruppen, schwindendem sozialen Zusammenhalt und zu einem Vertrauensverlust gegenüber dem Staat, der Demokratie oder der Wirtschaftsordnung führen. Darüber hinaus hat die mit sozialen Randlagen einhergehende geringe Teilhabe an Bildung und Arbeit auch direkte wirtschaftliche und soziale Folgen für die Betroffenen und die Gesellschaft insgesamt.

Hinzu kommt, dass Deutschland aufgrund rückläufiger Geburtenzahlen in Zukunft noch mehr als heute auf jedes Talent angewiesen ist – unabhängig von sozialer und ethnischer Herkunft. Deshalb gibt es keine Alternative zur Integration von Gruppen, deren gesellschaftliches Engagement und deren Teilhabe an Bildung und Arbeitsmarkt heute noch gering sind.

Damit Integration und Teilhabe besser gelingen, müssen sich Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, aber auch jeder Einzelne mit Fragen der Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens auseinandersetzen:

- Wieviel und welche Art von Verschiedenheit braucht unsere Gesellschaft? Wieviel verträgt sie?
- Welche Barrieren verhindern in Deutschland den sozialen Aufstieg und tragen so zur Verfestigung von Ungleichheiten bei? Wie können diese Barrieren abgebaut werden? Wer ist dafür verantwortlich, dass das gelingt?
- Wie können Hindernisse, die eine Integration von Zuwandern erschweren, abgebaut werden (beispielsweise bei der Berücksichtigung ausländischer Ausbildungsabschlüsse)? Wie kann die Bereitschaft zur Integration gestärkt werden?
- Welche Grundlagen des Zusammenlebens müssen auch in einer pluralen Gesellschaft für alle verbindlich gelten?

---

<sup>41</sup> Quelle: Migration und Bevölkerung, Newsletter 10/2007.

<sup>42</sup> Siehe Niebuhr (2007).

## Literatur

- Baas, Schmitt und Wahl (2008), Singles im mittleren und höheren Erwachsenenalter. Sozialwissenschaftliche und psychologische Befunde, Stuttgart.
- BAMF (2006), Integration in Zahlen 2006, [www.bamf.de](http://www.bamf.de).
- BAMF (2007), Ausländerzahlen 2007, [www.bamf.de](http://www.bamf.de).
- BAMF (2008), Schulische Bildung von Migranten, [www.bamf.de](http://www.bamf.de).
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2008), Demographie konkret – Soziale Segregation in deutschen Großstädten. Daten und Handlungskonzepte für eine integrative Stadtpolitik, Gütersloh.
- BMFSJ (2005), Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999–2004, München.
- Bos et. al (2007), IGLU 2006: Lesekompetenzen von Grundschulern in Deutschland im internationalen Vergleich, Waxmann, Münster.
- Brücker und Ringer (2008), Ausländer in Deutschland: Vergleichsweise schlecht qualifiziert, IAB-Kurzbericht 1/2008.
- Eggert, Ehrlich, Fenge und König (2007), Konvergenz- und Wachstumseffekte der europäischen Regionalpolitik in Deutschland, Perspektiven der Wirtschaftspolitik 2007 8(2): 130–146.
- Frick und Grabka (2008a), Schrumpfende Mittelschicht – Anzeichen einer dauerhaften Polarisierung der verfügbaren Einkommen?, DIW Wochenbericht 10/2008.
- Frick und Grabka (2008b), Niedrigere Arbeitslosigkeit sorgt für weniger Armutsrisiko und Ungleichheit, DIW Wochenberichte Nr. 38/2008.
- Hradil (2001), Soziale Ungleichheit in Deutschland, Opladen: Leske + Budrich, Wiesbaden.
- Miegel, Wahl und Schulte (2008), Von Verlierern und Gewinnern – die Einkommensentwicklung ausgewählter Bevölkerungsgruppen in Deutschland, IWG Bonn, Bonn.
- Kreyenfeld und Konietzka (2007), Education and Fertility in Germany, in: Hamm, Seitz und Werding, Demographic change in Germany: the economic and fiscal consequences, Berlin.
- Niebuhr (2007), Zuzug Hochqualifizierter stärkt Innovationskraft der Regionen, IAB Kurzbericht 12/2007.
- OECD (2005), Arbeitsmarktintegration von Zuwanderern in Deutschland, Paris.
- OECD (2007a), International Migration Outlook, Paris.
- OECD (2007b): Bildung auf einen Blick, Paris.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2004), Jahresgutachten 2004/05, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.
- Schank et al. (2008), Niedriglohnbeschäftigung: Sackgasse oder Aufstieg, IAB Kurzbericht 8/2008.
- Statistisches Bundesamt (2003), Strukturdaten und Integrationsindikatoren 2003. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2006), Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Bevölkerung mit Migrationshintergrund, Ergebnisse des Mikrozensus 2006, Fachserie 1, Reihe 2.2. Wiesbaden.
- TNS Infratest Sozialforschung, Hurrelmann und Andresen (2007), Kinder in Deutschland 2007, 1. World Vision Kinderstudie, Fischer, Frankfurt.
- Zuwanderungsrat (2004), Jahresgutachten 2004, [www.bamf.de](http://www.bamf.de).